

V0483/22

Landesgartenschau Ingolstadt 2020 GmbH
Jahresabschluss 2021
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Stadtrat vom 26.07.2022

Stadtrat Dr. Spaeth fragt nach, wie lange die GmbH noch bestehe und erkundigt sich nach deren aktuellen Aufgaben.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass die Gewährleistungsansprüche noch abgewickelt werden müssen.

Frau Steinherr ergänzt, dass neben der Rückgabe des Geländes an die Stadt Ingolstadt die Fördermittelnachweise mit den Förderstellen abgestimmt werden, damit es zur Auszahlung der restlichen Fördermittel kommen kann. Entsprechend dem vorgelegten Wirtschaftsplan werde die Gesellschaft voraussichtlich bis Ende 2023 aufgelöst. Nach einem Sperrjahr könnte die Gesellschaft dann Ende 2024 im Handelsregister gelöscht werden.

Stadtrat Lipp verweist auf den Jahresfehlbetrag 2021 von 10,9 Mio. Euro. Die AfD-Stadtratsfraktion finde diesen Betrag, trotz Corona, sehr erheblich. Auch bedenklich sei ein typisches Beispiel, wie im öffentlichen Sektor mit Steuergeldern umgegangen werde. Dabei verweist er auf die Gewinne von Ausstellern und Bestückern, welche ohne Verlustrisiko privatisiert werden und die Verluste hingegen der Steuerzahler trage. Seines Erachtens werden Gewinne privatisiert und Verluste solidarisiert.

Stadtrat Lipp zeigt sich zwar erfreut, dass dieses Gelände für die Ingolstädter Bevölkerung zur Verfügung stehe, verweist aber auf die fehlenden Beschattungsmöglichkeiten. Insofern fordert er Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf, sich darum zu kümmern. In dieser Beton- und Steinwüste müsse Abhilfe geschaffen werden, denn auch Familien aus dem Nordwesten solle eine gute Aufenthaltsqualität geboten werden. Dies hätte im Vorfeld planerisch besser beachtet werden müssen.

Stadtrat Wöhl betont, dass sicherlich Gewinne von privaten Anbietern erzielt worden sind. Zu erwähnen sei aber das schwierige Coronajahr und dass die Anbieter das trotzdem durchgezogen haben. Es könne immer über Zahlen diskutiert werden, aber man sei froh gewesen, dass es welche gegeben habe, die die Arbeit dort verrichtet haben. Insofern sei die Aussage von Stadtrat Lipp nicht in Ordnung.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.